

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

25. Jahrgang

Berlin, den 27. Juni 1958

Nummer 26

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Zehn Jahre sowjetzonale Wirtschaft

Geld und Kredit als Instrumente der Wirtschaftslenkung

Mit der Trennung der sowjetzonalen Währung von der der Bundesrepublik im Juni 1948 hat in der SBZ eine eigene Periode der Wirtschaftsentwicklung begonnen. Dieser Termin bedeutete die endgültige Absage an die im Westen sich gerade neu abzeichnende marktwirtschaftliche Wirtschaftsform und den Übergang zum System der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs, nachdem schon vorher die unter dem Schutz und der Anleitung der Besatzungsmacht dort durchgeführte „Bodenreform“, die Industrieenteignungen und die Schaffung von Staatsbetrieben das Gesicht der Wirtschaft stark verändert hatten.

Der Währungsschnitt selbst hatte, abgesehen von den durch die Guthabenblockierung und durch eine Bevorzugung der neuen Staatsbetriebe bedingten Abweichungen und der Nichtabwertung der privaten Schuldverhältnisse, ein etwa dem westdeutschen ähnliches Ausmaß gehabt. Während aber die westdeutsche D-Mark bald wieder Geltung im Kreise der freien Weltwährungen gewann und im Laufe der letzten Jahre sogar zu einer der härtesten Währungen der Welt aufgerückt ist, erhielt die sowjetzonale D-Mark von vornherein den Charakter einer reinen Binnenwährung. Abgeschirmt nach außen durch eine geschlossene Devisenbewirtschaftung sollte die Geld- und Kreditversorgung im Inlande in Verbindung mit der Fiskalpolitik (beides zusammengefaßt als „Finanzsystem“ bezeichnet) ein besonderes Instrument der Wirtschaftslenkung und Wirtschaftskontrolle in den Händen der Staatsfunktionäre sein.

Wesentlicher Inhalt der Neuordnung im Kreditwesen war, daß bei Gewährung und Inanspruchnahme von Bankkrediten weder Bank¹⁾

noch Kreditnehmer nach Liquidität und Marktchancen frei disponieren dürfen; beide sind vielmehr an den übergeordneten Wirtschaftsplan gebunden, aus dessen Auflagen sich auch Zeitpunkt, Umfang und Dauer der Kredite ergeben. Die Bank soll Abweichungen des Produktionsablaufes vom Produktionsplan erkennen und ihnen mit bankmäßigen Mitteln, wie Kreditsperren, Zinszuschlägen u. a., entgegenwirken, darüber hinaus aber Meldung an die Planungsbehörden erstatten. Im fundamentalen Unterschied zur westlichen Kreditpolitik sind daher die Eingriffsmöglichkeiten der Deutschen Notenbank auf den Einzelbetrieb, ja sogar den Einzelkredit, beschränkt und ihre Maßnahmen haben — abgesehen von gelegentlichen generellen Kredit erleichterungen für Sonderzwecke — keinen allgemein konjunkturfördernden oder -hemmenden Charakter.

Theoretisch sollten die Bewegungen auf den Konten von Wirtschaft und Staat bei der Deutschen Notenbank und die Auswirkungen der Steuer- und Preispolitik des Ministeriums der Finanzen schon seit 1949 mit den Wirtschaftsplänen der Staatlichen Plankommission parallel laufen. Tatsächlich wird jedoch erst neuerdings, d. h. nach fast zehn Jahren, ernstlich versucht, in der Planungsmethodik einen Modus für die Abstimmung zwischen der bilanzierenden Planung der Staatlichen Plankommission und den durch das „Finanzsystem“ zu lenkenden gesamtwirtschaftlichen Geldbeziehungen zu finden²⁾.

Die bisherige Unmöglichkeit, die Auswirkungen aller Einzelpläne auf die Entstehung und Verteilung des Sozialprodukts mit Genauigkeit abzuschätzen, ist für wesentliche Nichterfüllungen der Wirtschaftspläne verantwortlich ge-

¹⁾ Etwa 90 vH aller kurzfristigen Kredite werden von der Deutschen Notenbank gegeben, die sowohl als Geschäftsbank wie auch als Zentralbank fungiert.

²⁾ Vgl. Wochenbericht des DIW, Nr. 13/14/1958.

wesen. Sie hat z. B. auch mehrfach zu unerwünschten Erhöhungen des Bargeldumlaufs bei ungenügendem Konsumgüterangebot und damit letzten Endes zu der Geldumtauschaktion im September 1957 geführt³⁾.

Trotz grundsätzlicher Verschiedenheit der Geldumlaufverhältnisse in der Bundesrepublik und der SBZ lassen jedoch die wenigen für die SBZ bekannten Daten erkennen, daß die Relationen von Bankkrediten und Produktionsvolumen in beiden Teilen nicht sehr stark voneinander abweichen. Die größere Kreditausweitung in der SBZ jedenfalls — das Volumen an kurzfristigen Krediten hatte sich von Ende 1950 bis Mitte 1955 nahezu vervierfacht — war vorwiegend banktechnisch und abrechnungstechnisch bedingt⁴⁾.

Im übrigen hat die Deutsche Notenbank infolge des hohen Importbedarfs und mangels größerer Auslandskredite nur unbedeutende Devisenbestände ansammeln können. Die Guthaben der Wirtschaft sind auf Grund der Regeln zur Kreditpolitik beträchtlich niedriger als in der Bundesrepublik, und Liquiditätsreserven der Sparkassen und anderer Kreditinstitute sowie Guthaben der öffentlichen Hand bilden die hauptsächlichlichen Gegenposten der Wirtschaftskredite.

Das Produktionsvolumen

Für das Jahr 1949, das erste Jahr nach der Währungsreform, ist für die SBZ ein Netto-Sozialprodukt zu damaligen Preisen von 25,5 Mrd. DM gegenüber einem von 73 Mrd. DM in der Bundesrepublik errechnet worden. Nach westdeutschen Preisen hatte es etwa 31 vH des westdeutschen Netto-Sozialprodukts betragen, womit der gesamtwirtschaftliche Produktionsindex (1936 = 100) knapp 75 vH gegenüber 95 vH in der Bundesrepublik ausmachte⁵⁾. Berücksichtigt man die wesentlich stärkere Bevölkerungszunahme in der Bundesrepublik und berechnet die obigen Werte nach der Kopfzahl der Bevölkerung, so betrug die wirtschaftliche Leistung der SBZ etwa 83 vH von der der Bundesrepublik, unter Einbeziehung Ostberlins etwa 85 vH.

Eine andere Abgrenzung der im Sozialprodukt erfaßten Wertschöpfung und Unterschiede in Preisstruktur und Preisniveau erschweren zwar die vergleichende Beobachtung der Entwicklung in Bundesrepublik und SBZ für die folgenden Jahre. Für das Jahr 1956 läßt sich jedoch die gesamtwirtschaftliche Produktion in der SBZ je Kopf der Bevölkerung und zu westdeutschen Preisen auf etwa 80 vH der westdeutschen berechnen, die des Jahres 1957 ist wegen einer dort etwas geringeren Fortschrittsrate noch um ein bis

zwei Punkte niedriger⁶⁾. Der wirtschaftliche Fortschritt in der SBZ je Kopf der allerdings durch Abwanderung relativ geringer gewordenen Bevölkerung ist in diesen acht Jahren zwar hinter dem in der Bundesrepublik zurückgeblieben, hat aber ein, angesichts der schnellen Entwicklung in der Bundesrepublik, recht beachtliches Ausmaß gehabt. Innerhalb dieser Entwicklung sind aber — hier spielen insbesondere planwirtschaftliche Absichten eine Rolle — die Anteile der Land- und Forstwirtschaft, der Bauwirtschaft und die von Handel und Verkehr zugunsten der Industrie um einige Prozent zurückgeblieben. Innerhalb der Industrie hat sich die Struktur nach Industriezweigen etwas geändert, jedoch sind die Strukturänderungen infolge der Unmöglichkeit, spezifizierte Preisindizes zu ermitteln, statistisch kaum zu erfassen.

Die Kapitalausstattung

Der starke Abstand gegenüber der Bundesrepublik zeigte sich erst nach 1948, denn das Volumen der wirtschaftlichen Gesamtproduktion der SBZ hatte 1947 bei relativ höherer Kapazitätsausnutzung noch rd. 41 vH des Volumens in der Bundesrepublik betragen.

Daß die Wirtschaft der SBZ dem 1948 beginnenden stürmischen Aufschwung in der Bundesrepublik nicht zu folgen vermochte, lag jedoch nicht in systembedingten Hemmungen, sondern vor allem an Grenzen, die durch eine zu kleine Produktionskapazität gesetzt waren. Das Wirtschaftspotential der SBZ war nämlich durch Kriegseinbußen, die sowjetische Demontagepolitik und die sogenannten Kriegsbeuteaktionen ungleich stärker betroffen worden, als das der Bundesrepublik. Das gilt insbesondere für die Industrie, den Bereich, der sowohl in der Bundesrepublik als auch in der SBZ das Wirtschaftswachstum maßgebend bestimmt hat. Nach Untersuchungen des DIW⁷⁾ haben in Westdeutschland die Verluste am industriellen Nettovermögen vom Jahre 1943 mit dem Höchststand bis zum Jahre 1949 ein Viertel des gesamten Vermögens betragen und diese Verluste haben etwa gleichmäßig Industriebauten und industrielle Ausrüstung betroffen. In der SBZ dagegen ging das industrielle Nettovermögen nach noch unveröffentlichten Untersuchungen des DIW im gleichen Zeitraum um über 50 vH zurück. Verloren gingen aber nur rd. ein Drittel der industriellen Bauten, jedoch fast zwei Drittel der industriellen Ausrüstung. Das gesamte Netto-Industrievermögen, das im Jahre 1944 etwa 45 vH des westdeutschen betragen hatte, belief sich 1949 mit etwas über 9 Mrd. DM auf nur noch etwa 29 vH. Gleichzeitig hatte sich der industrielle Umsatz von 45 vH auf 31 vH verringert.

³⁾ Vgl. Wochenbericht des DIW, Nr. 43/1957 und Nr. 3/1958.

⁴⁾ Vgl. Wochenbericht des DIW, Nr. 3/1956.

⁵⁾ F. Grünig: „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die sowjetische Besatzungszone.“ Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Jg. 1950, Erstes Heft.

⁶⁾ Vgl. Wochenbericht des DIW, Nr. 3/1958 und Nr. 13/14/1958.

⁷⁾ R. Krenzel: „Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik von 1929 bis 1956.“ Sonderhefte des DIW, N. F. Nr. 42 (1958).

Die relativ geringe Ausstattung mit Industriekapital hat das Produktionsvolumen auch weiterhin bestimmt. Es wurde zwar versucht, den Abstand gegenüber der Bundesrepublik durch hohe Investitionen auszugleichen und die Brutto-Anlage-Investitionen der Industrie sind, in westdeutschen Preisen von 1950, von 1949 bis 1953 von etwa 19 vH auf rd. 36 vH der westdeutschen Industrie-Investitionen gesteigert worden. Sie gingen dann jedoch wieder bis auf rd. 17 vH im Jahre 1955 zurück und haben in der gesamten Periode von 1949 bis 1955 mit rd. 11 Mrd. DM in Preisen von 1950 nur rd. 25 vH der westdeutschen Investitionen ausgemacht⁸⁾. Für 1955 ist damit das industrielle Nettovermögen auf nur noch rd. 26 vH des westdeutschen zu schätzen. Auch nach den für den zweiten 5-Jahrplan angesetzten erhöhten Summen für industrielle Investitionen kann sich das Verhältnis an industriellem Nettovermögen bis zum Jahre 1960 zugunsten der SBZ nur dann wieder verbessern, wenn die Industrie-Investitionen in Westdeutschland unter das bisher erreichte Ausmaß zurückgehen.

Die Wachstumsgrenze

Die Anlage-Investition ist zwar nur eine der Komponenten für das Wachstum der Produktion, für die SBZ jedoch deshalb bei weitem die wichtigste, weil nicht nur die geringe Gesamtkapazität niedrig ist, sondern auch die Zahl der Arbeitskräfte infolge Fluchtbewegung und ungünstiger Alterszusammensetzung der Bevölkerung kaum zu steigern ist. Für das Ausmaß der Investitionen in der Industrie und in anderen Bereichen sind aber der Staatlichen Plankommission, wie die Erfahrung lehrt, sehr enge Grenzen gesetzt. Die Kurve der jährlichen Investitionen wird durch ein nie ganz aussetzendes Ringen der Wirtschaftsführung mit den „Verbrauchern“ um den jeweiligen Anteil am Sozialprodukt bestimmt, das u. a. seinen Ausdruck in den Zahlen der sogenannten Republikflucht findet. Die hohen Investitionsquoten der Jahre 1951 bis 1953 sind z. B. offensichtlich unter dem Druck der Verbraucher, der sich in diesem Falle sogar bis zur offenen Rebellion der Arbeiter steigerte, herabgesetzt worden. Die Wiederanhebung der Investitionsquote seit 1956, auf allerdings inzwischen höherer Ebene der Produktion und des Verbrauchs, ist ein Experiment, dessen Ausgang noch ungewiß ist.

Die Quote des privaten Verbrauchs am Sozialprodukt (sowjetzonale Abgrenzung) lag in der SBZ, auf das Jahr 1956 berechnet, mit rd. 60 vH etwa gleich hoch wie in der Bundesrepublik und bedeutet bei einem kaum 80 vH ausmachenden Produktionsvolumen eine wesentlich schlechtere Versorgung der Bevölkerung. Durch einen höhe-

ren Anteil des Verbrauchs der Öffentlichen Hand und den Zwang zu hohen Ausgleichszahlungen im Außenhandel wegen ungünstiger „terms of trade“ lag die Investitionsquote aber wesentlich niedriger (18 vH gegenüber 29 vH) als in der Bundesrepublik.

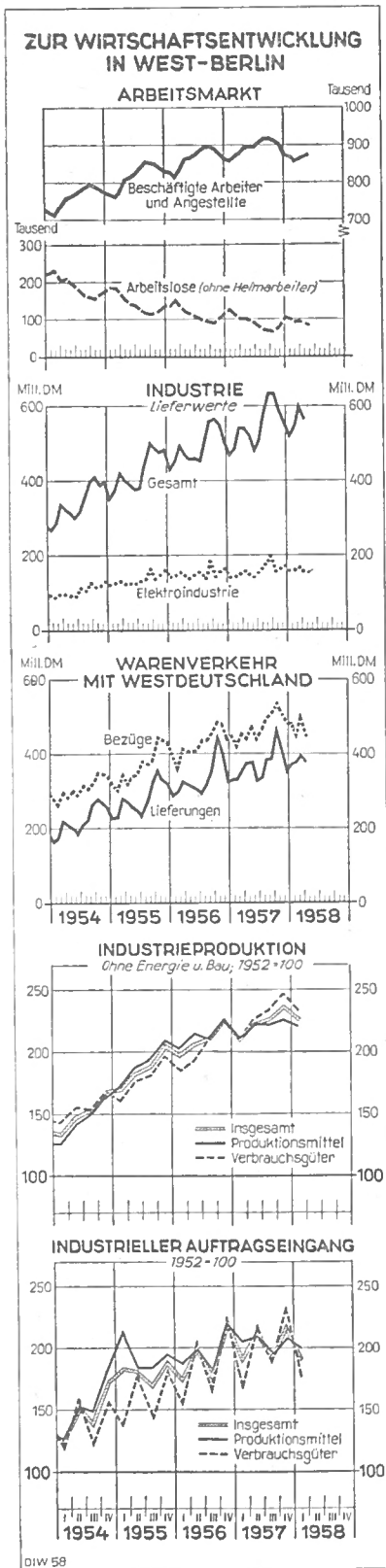
Wenn jedoch die im zweiten 5-Jahrplan bis 1960 geplanten Investitionen voll durchgeführt werden sollen, müßte die 1957 und nach den Planzahlen für 1958 etwa gleichgebliebene Investitionsquote für 1959 und 1960 um mehrere Prozent heraufgesetzt und die Verbrauchsquote entsprechend gekürzt werden. Es bestehen daher starke Gründe für die Vermutung, daß die kürzlich vorgenommene Beseitigung der Lebensmittelrationierung nicht, wie behauptet, zur Konsumausweitung führen soll und daß die damit verbundenen steuerlichen Maßnahmen auch nicht nur die Einkommen der privaten Wirtschaft und der Intelligenz herabsetzen werden. Eine Neuordnung aller Löhne und Arbeitsnormen wurde bereits vorher angekündigt und eine Herabsetzung der durch Prämien bestimmten Effektivlöhne, die etwaige Vorteile durch die gewährten Ausgleichszahlungen illusorisch macht, liegt durchaus im Bereich der Möglichkeiten.

Ein Ausweichen in der Richtung, daß innerhalb des gesamten Investitionsprogramms die nicht unmittelbar produktionsfördernden Investitionen, z. B. die im Wohnungsbau, wiederum eingeschränkt werden, dürfte nur beschränkt möglich sein, da eine Stilllegung vorhandener Bauwirtschaftskapazitäten nichts zur Steigerung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums beitragen könnte. Eine durchgreifende Senkung des Verbrauchs der Öffentlichen Hand, der offenbar eine Folge des Wirtschaftssystems ist, dürfte aus politischen Gründen kaum erwogen werden. Auch die hohen Ausgleichszahlungen im Außenhandel werden nur durch Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität verringert werden können, die wiederum größtenteils von vorangegangenen Investitionen abhängig ist.

Wenn diese Schwierigkeiten am Ende einer zehnjährigen Entwicklungsperiode mit sehr beachtlichen wirtschaftlichen Fortschritten festgestellt werden müssen, darf nicht übersehen werden, daß sie in sehr hohem Maße eine Folge der Zerschlagung des Wirtschaftspotentials der SBZ in den ersten Nachkriegsjahren sind. Das Niveau der sowjetzonalen Wirtschaft ist damals wie heute durch ihre Kapitalausstattung bestimmt. Eine nachhaltige Hebung des Wirtschaftsniveaus, die es dem der Bundesrepublik angleichen könnte, setzt daher eine Kapitalbildung in einem Ausmaß voraus, wie sie der SBZ aus eigener Wirtschaftskraft kaum möglich sein dürfte. Sie wird Kapitalzufuhren von außen erfordern, die den Umfang dessen, was die Sowjetunion anzubieten bereit oder in der Lage ist, weit übersteigen.

⁸⁾ R. Krengel: „Die langfristige Entwicklung der Brutto-Anlage-Investitionen der westdeutschen Industrie von 1924 bis 1955/6. — H. Kupky: „Die langfristige Entwicklung der Brutto-Anlage-Investitionen der mitteldeutschen Industrie von 1924 bis 1955.“ Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Jg. 1957, Erstes Heft, S. 168 ff und Viertes Heft, S. 391 ff.

Westberliner Wirtschaftslage Mitte Juni 1958



Der Auftragsengang in der Westberliner Industrie war im April mit einem Indexstand von 195 (1952 = 100) um fast 8 vH niedriger als im April 1957. Damit scheint sich die schon seit Ende des vorigen Jahres zu beobachtende teils stagnierende teils rückläufige Entwicklung der Auftragsengänge verschärft zu haben. Im Durchschnitt der ersten vier Monate dieses Jahres betrug der Rückgang gegenüber dem vergleichbaren Stande des Vorjahres nunmehr fast 2 vH. Er war ausschließlich auf ein beträchtliches Nachlassen der privaten Bestelltätigkeit zurückzuführen; die Auftragserteilung der Öffentlichen Hand nahm im betrachteten Zeitraum dagegen weiterhin zu.

Gleichwohl hat sich das Nachlassen der Bestelltätigkeit zwar in einer Verminderung der Auftragsbestände, aber noch nicht in einer abnehmenden Zuwachsrate der Produktion ausgewirkt. Der Produktionsindex der verarbeitenden Industrie West-Berlins lag im Mai mit 115 (1936 = 100) um 4 vH über dem Stande vom Mai 1957. Im einzelnen erhöhte sich der Index bei der Produktionsmittelindustrie um 8 vH, während bei der Verbrauchsgüterindustrie ein Rückgang um 4 vH zu verzeichnen war. Im Durchschnitt der ersten fünf Monate betrug die Steigerung gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres 6 vH (Verbrauchsgüterindustrie fast 6 vH, Produktionsmittelindustrie fast 7 vH) und lag damit nur wenig unter der entsprechenden Zuwachsrate des Vorjahres (+ 7 vH). Im einzelnen ergaben sich jedoch zur Vorjahrsentwicklung einige wesentliche Unterschiede: Damals wurde das Wachstum hauptsächlich von der Verbrauchsgüterindustrie (+ 14 vH), insbesondere von den Industriezweigen Chemie, Bekleidung und Nahrungs- und Genußmittel getragen, während die Produktionsmittelindustrie mit 1 vH kaum ein nennenswertes Wachstum zu verzeichnen hatte. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres jedoch hat die Entwicklung in den Produktionsmittelindustrien wieder einen erfreulichen Aufschwung genommen. Ihr Produktionsindex lag um 7 vH über dem Stande der vergleichbaren Vorjahrzeit und damit noch über dem Wachstum der Verbrauchsgüterindustrien.

Die im Vergleich zum Vorjahr geringere Wachstumsgeschwindigkeit bei den Verbrauchsgüterindustrien beruhte hauptsächlich auf der Entwicklung in der Bekleidungsindustrie. Die Produktion dieses Industriezweiges, die in den ersten fünf Monaten 1957 ein Wachstum von fast 16 vH zu verzeichnen hatte, lag in der gleichen Zeit dieses Jahres mit einer Abnahme von 9 vH beträchtlich unter dem Vorjahrsniveau. Der Umsatz erreichte in den Monaten Januar bis April nur die Höhe des vergleichbaren Vorjahrsstandes. Besonders ungünstig waren die Ergebnisse der Monate April und Mai; hier war ein Produktionsrückgang von 17 vH bzw. 35 vH zu verzeichnen. Die Gründe für das nachlassende Wachstum dürften im wesentlichen, wenn auch nicht ausschließlich, saisonaler Art sein: Durch die ungünstige Frühjahrswitterung veranlaßt, wurden die Aufträge für Übergangsbekleidung nur sehr zögernd erteilt, so daß der Index des Auftragsengangs im 1. Quartal um 20 vH unter dem im 1. Quartal 1957 lag. Die „Juni-Durchreise“ verlief jedoch wiederum zufriedenstellend.

Die Stagnation in der Bekleidungsindustrie war auch der Grund dafür, daß die Entlastung auf dem Arbeitsmarkt nicht ganz so zügig war wie im vergangenen Jahre. Dennoch aber ging die Arbeitslosigkeit — im wesentlichen durch den saisonalen Auftrieb in der Bauwirtschaft — weiter zurück und war mit 86 600 Personen (ohne die arbeitslosen Heimarbeiter) Ende Mai 1958 um fast 8000 Personen niedriger als zur selben Zeit des vergangenen Jahres.

Gegenstand	Einheit †)	1956		1957								1958				
		Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai
		25	24	26	24	26	24	25	27	25	24	26	24	26	24	24
Anzahl der Werktage:																
Industrie¹⁾																
Auftragseingang	1952 = 100	S	256	217	193	180	194	211	197	201	236	214	197	180	192	195
dav. Produktionsmittelindustrie	"	"	227	237	213	199	202	224	206	200	198	225	214	189	196	201
Verbrauchsgüterindustrie	"	"	302	189	163	153	181	192	186	203	235	198	173	168	187	188
Umsatz	Mill. DM	"	550,7	501,8	463,7	482,1	537,2	538,7	522,3	632,7	590,0	554,1	513,1	544,1	605,1	562,9
dav. Produktionsmittelindustrie	"	"	289,9	291,0	262,4	257,2	277,0	274,8	273,3	291,5	293,7	309,6	275,7	276,5	303,4	292,3
Verbrauchsgüterindustrie	"	"	260,9	210,8	201,3	224,9	260,2	263,9	249,0	341,2	296,3	244,5	237,4	267,6	301,7	270,6
Beschäftigung	1000	"	266,2	262,0	260,5	261,5	263,7	268,0	270,4	283,0	280,6	274,9	275,8	276,8	276,6	279,9
Lohn je Arbeiterstunde	DM	"	1,81	1,92	1,90	1,85	1,84	2,01	2,05	1,95	1,99	2,15	1,97	1,98	2,06	2,17
Produktion ²⁾	1936 = 100	"	124	118	106	113	114	121	115	127	128	121	113	121	121	125
dar. Energie	"	"	312	313	321	307	290	274	271	310	333	342	347	337	327	299
Verarbeitende Industrie ³⁾	"	"	119	112	100	109	110	118	111	123	122	116	108	118	119	123
dav. Produktionsmittelindustrie	"	"	107	108	91	99	97	103	97	100	105	109	97	104	104	109
dar. Steine und Erden	"	"	147	113	133	160	170	207	199	203	171	133	154	171	174	252
Eisen und Stahl, Gießereien	"	"	208	168	163	186	205	202	184	213	213	175	171	189	180	171
NE-Metalle	"	"	35	33	31	38	35	34	36	33	35	35	38	44	42	
Stahl- und Eisenbau	"	"	157	142	117	112	125	128	120	117	119	137	138	137	123	154
Maschinenbau	"	"	89	98	84	86	82	93	84	83	84	93	73	74	86	92
Fahrzeugbau	"	"	63	54	45	53	54	60	64	50	52	56	49	56	51	63
Elektrotechnik	"	"	134	136	111	125	121	126	117	130	138	144	125	138	135	136
Feinmechanik und Optik	"	"	83	87	71	80	72	76	69	58	77	75	69	76	74	73
Eisen-, Blech-, Metallwaren	"	"	64	62	64	62	61	63	64	58	63	60	63	65	61	63
Verbrauchsgüterindustrie	"	"	143	120	118	130	136	147	140	168	155	131	131	145	150	149
dar. Chemie	"	"	169	154	152	157	161	169	167	169	189	194	164	185	183	196
Holzverarbeitung	"	"	109	103	79	80	78	81	79	102	106	94	79	81	83	90
Papier	"	"	164	151	140	140	130	134	145	151	166	146	134	143	142	140
Druck	"	"	54	59	45	43	44	52	47	55	56	61	49	43	52	51
Leder und Textil	"	"	145	123	114	120	118	130	136	166	185	173	150	150	142	156
Bekleidung	"	"	221	122	178	227	259	270	240	323	218	105	182	243	264	223
Nahrungs- und Genußmittel	"	"	166	170	138	145	143	167	162	192	204	199	173	172	169	190
Baugewerbe⁴⁾																
Beschäftigte	Anzahl	E	53646	46504	39600	45726	48267	48972	50392	52660	51300	36922	32318	35233	38063	44757
Tagewerke, insgesamt	1000	S	1153	1016	748	839	971	1018	1081	1071	1072	782	570	599	705	834
dar. Wohnungsbau	"	"	489	409	284	300	357	397	440	468	462	331	224	240	279	360
Index der Bauproduktion ⁵⁾	1936 = 100	"	72	64	41	51	58	69	71	66	71	52	33	38	43	57
einschl. Enttümmerung	"	"	69	61	39	48	55	65	67	63	69	50	32	36	40	55
ausschl.	"	"	59358	58395	41918	40627	47806	48680	51069	65240	62968	61453	39797	35242	39914	42759
Umsatz in DM West	1000 DM	"														
Warenverkehr																
Bezüge aus Westdeutschland ⁶⁾	Mill. DM	S	483,0	433,6	450,8	414,5	456,4	433,7	476,8	537,3	508,3	482,2	481,2	411,7	508,2	442,0
Lieferungen nach Westdeutschland ⁶⁾	"	"	331,4	297,7	291,7	290,1	326,9	285,0	321,4	363,7	365,8	335,0	377,6	314,4	366,0	328,9
Wert der Ursprungsbescheinigungen ⁷⁾	"	"	402,3	320,1	328,7	330,5	355,6	374,9	376,3	468,7	407,5	344,8	373,5	376,4	396,9	377,4
Export	"	"	73,0	72,0	56,5	54,4	70,2	62,7	74,6	83,6	81,2	83,7	61,4	73,5	82,3	75,0
Gütereingang, insgesamt	1000 t	S	633,1	560,6	552,3	514,3	542,1	643,5	643,7	699,1	654,5	603,9	496,2	438,9	537,6	559,6
Eisenbahn	"	"	226,7	188,8	214,0	181,9	187,5	168,9	185,6	208,6	189,1	196,8	210,6	189,0	190,9	184,8
Straße	"	"	223,3	203,1	209,5	190,2	214,6	204,6	217,4	241,8	229,1	191,9	208,8	194,3	208,8	200,0
Binnenschifffahrt	"	"	183,1	168,7	128,8	142,2	140,0	270,0	240,7	248,7	236,3	215,2	76,8	55,6	137,9	174,8
Güterausgang, insgesamt	"	"	111,6	99,4	99,2	98,0	106,4	103,7	114,8	127,8	110,6	104,8	103,1	88,0	116,4	104,1
Eisenbahn	"	"	22,8	19,7	17,2	18,6	21,0	18,5	23,0	22,0	19,6	18,0	20,9	21,0	21,1	18,6
Straße	"	"	67,7	56,9	62,6	59,7	66,8	62,1	67,8	72,5	66,6	58,4	61,8	57,7	66,1	62,1
Binnenschifffahrt	"	"	19,2	21,2	18,0	18,3	16,9	21,8	22,5	31,9	23,1	27,7	20,0	8,7	28,8	22,9
Luftfracht	"	"	1,9	1,6	1,4	1,4	1,7	1,3	1,5	1,4	1,3	0,7	0,4	0,6	0,4	0,5
Arbeitsmarkt																
Erwerbstätige, insgesamt	1000	E	1015	999	995	1005	1012	1028	1033	1051	1040	1011	1012	1018	1024	
Selbst- u. mithelf. Fam. Angeh.	"	"	138	138	138	138	138	138	138	138	138	138	138	138	138	
Arbeitnehmer ⁸⁾	"	"	877	861	857	867	874	890	895	913	902	873	874	880	886	
Arbeitslose, insgesamt ⁹⁾	"	"	104	114	125	110	102	102	102	94	67	78	101	93	94	88
„ in vH der Arbeitnehmer	vH	"	11	12	13	11	10	10	10	7	8	11	10	10	10	9
Sozialeinkommen																
dar. Renten ¹⁰⁾	Mill. DM	S	46,0	55,8	46,3	54,6	46,6	143,0	73,5	80,7	82,6	83,7	86,2	84,4	86,1	86,6
Alu und Alfu	"	"	9,9	12,5	15,5	13,7	14,6	9,4	11,5	8,1	8,2	11,9	16,8	14,1	16,6	12,0
Lebenshaltungskosten																
dar. Ernährung	1950 = 100	D	110,4	110,2	110,7	111,7	111,2	111,3	112,0	114,7	114,8	115,0	117,3	117,2	117,0	117,3
Hausrat	"	"	117,0	116,2	117,1	116,0	114,6	114,5	116,1	120,9	121,0	120,9	123,8	122,6	122,1	123,3
Bekleidung	"	"	107,6	108,2	108,6	109,0	110,1	110,3	110,6	111,3	111,2	111,2	111,4	111,4	111,7	111,8
West-Berlin in vH der BRD	BRD = 100	"	104,5	104,5	104,8	106,0	105,4	105,4	106,3	106,1	106,1	105,5	106,6	106,6	106,3	106,6
„ von Hamburg	Hbg. = 100	"	96,7	96,7	97,0	98,1	97,8	97,8	98,1	98,4	98,1	97,8	98,9	98,9	98,4	
Wechselkurse ¹¹⁾	DM-Ost	D	4,32	4,22	4,14	4,16	4,09	4,10	4,16	4,13	3,98	3,94	3,84	3,80	3,75	3,78
Finanzen																
Einnahmen aus Steuern	Mill. DM	S	158,5	174,6	162,4	156,7	172,0	115,9	159,9	134,4	181,9	199,2	157,6	180,4	187,7	137,9
dar. Umsatzsteuer	"	"	34,6	34,6	49,6	32,6	29,5	35,0	35,3	38,8	37,8	38,5	47,6	33,8	31,7	37,3
Lohnsteuer	"	"	20,7	20,6	28,5	19,5	16,7	14,3	14,8	20,6	20,2	17,9	26,0	23,5	16,7	17,9
Einkommensteuer	"	"	4,9	35,9	10,3	6,										